

Kocka, Jürgen

Article — Digitized Version

Folgen der deutschen Einigung für die geschichts- und Sozialwissenschaften

Deutschland Archiv: Zeitschrift für das vereinigte Deutschland

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1992) : Folgen der deutschen Einigung für die geschichts- und Sozialwissenschaften, Deutschland Archiv: Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, ISSN 0012-1428, Leske Budrich, Opladen, Vol. 25, Iss. 8, pp. 793-802

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112337>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Essays – Berichte – Analysen

Folgen der deutschen Einigung für die Geschichts- und Sozialwissenschaften*

Jürgen Kocka, Berlin

Die deutsche Vereinigung geschieht hauptsächlich als Übertragung des Systems der alten Bundesrepublik auf die ehemalige DDR. Das neue Deutschland wird dennoch keine bloße Fortsetzung der alten Bundesrepublik sein. Der Beitritt von 16 Millionen Menschen mit anderen Prägungen und anderen Erfahrungen verändert auch das aufnehmende, größere Gemeinwesen, ob es will oder nicht.

Die Vereinigung der beiden deutschen Wissenschaftssysteme vollzieht sich zu westdeutschen Bedingungen. Aber das entstehende gesamtdeutsche Wissenschaftssystem wird ebenfalls keine bloße Fortsetzung des bisherigen westdeutschen sein. Welche vereinigungsbedingten Veränderungen zeichnen sich ab, welche sind zu erwarten? Darum soll es im Folgenden gehen, unter Beschränkung auf die Geschichts- und Sozialwissenschaften.

I. Die Übertragung des westdeutschen Modells und ihre Grenzen: die Institutionen

Art. 38 des Einigungsvertrags dekretierte die *»Einpassung von Wissenschaft und Forschung in die gemeinsame Forschungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland«*. Auf dieser Grundlage wurde der Wissenschaftsrat tätig. Seine seit Juli 1991 vorliegenden Empfehlungen laufen im wesentlichen auf die Anpassung der Verhältnisse in der ehemaligen DDR an die Grundsätze der alten Bundesrepublik hinaus.

Das gilt für die Verfassung und Organisation der Hochschulen, in bezug auf die föderalistische Grundstruktur des gesamten Systems und auch in bezug auf das geheiligte, aber gleichwohl häufig durchbrochene Subsidiaritätsprinzip. Gemäß diesem Subsidiaritätsprinzip hat die Forschung – zumal in den Geistes- und Sozialwissenschaften – ihre Basis in den Hochschulen und findet nur ergänzend in außeruniversitären Institutionen statt.

Die Umsetzung der Wissenschaftsratsempfehlungen ist jetzt – Mitte 1992 – weit fortgeschritten, weiter als man Mitte 1991 erwarten konnte. Das Hochschulrecht wurde schrittweise angeglichen. Die zahlreichen, teils riesigen, Akademie-Institute der DDR, die nach sowjetischem Vorbild die Forschung getrennt von den Hochschulen konzentrierten, wurden zum 31. Dezember 1991 aufgelöst, ihr wissenschaftliches Personal aber zu über 50 Prozent in neugegründete Einrichtungen aufgenommen oder an die Hochschulen und andere Forschungsinstitutionen zurückempfohlen. Wie weit dieser Transfer wirklich gelingt, ist derzeit offen. Die betreffenden Wissenschaftler sitzen meist auf kaum eingebundenen Zeitstellen; die für ihre Aufnahme vorgesehenen Hochschulen in den neuen Ländern scheinen dadurch überfordert, und eine Überweisung an

* Erweiterte und aktualisierte Fassung von: Die Auswirkungen der deutschen Einigung auf die Geschichts- und Sozialwissenschaften, Bonn 1992.

die Hochschulen der alten Länder hat leider kaum stattgefunden. Durch die Verlängerung der Integrationsfrist im Juli 1992 ist allerdings wichtige Zeit gewonnen worden. In den Hochschulen hat man – meist zögernd – mit Schrumpfung und Erneuerung begonnen. Die großen westdeutschen Wissenschaftsorganisationen – die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Max-Planck-Gesellschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft, der Deutsche Akademische Austauschdienst etc. – haben ihren Aktionsradius auf die neuen Länder ausgeweitet. Die Angleichung der Verhältnisse in den neuen Bundesländern an die Grundlinien der westdeutschen Wissenschaftsorganisation ist also auf dem Weg. Gleichwohl zeichnen sich einige – teils bedauerliche, teils erfreuliche – Neuentwicklungen ab, die – vereinigungsbedingt – das zukünftige gesamtdeutsche Wissenschaftssystem ein wenig von dem in der alten Bundesrepublik unterscheiden werden.

1. Die neuen Länder hängen am Tropf des Bundes, teilweise hängen sie auch stark von ihren Partnerländern im Westen Deutschlands ab, finanziell, organisatorisch, personell und forschungspolitisch. Es ist zu befürchten, daß sich daraus auch langfristig eine Aushöhlung des Föderalismus ergibt.

2. Empfohlen und größtenteils bereits realisiert wurde die Neugründung zahlreicher außeruniversitärer Forschungseinrichtungen auf dem Territorium der DDR. Es geht um 33 neue Institute der »Blauen Liste« – das sind Institute, in deren Finanzierung sich Bund und Länder teilen –, drei neue Großforschungseinrichtungen, zwei neue Bundesforschungsanstalten, 36 neue Ländereinrichtungen, sechs neue Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft, zwei neue Max-Planck-Institute sowie sieben geisteswissenschaftliche Zentren, daneben neue Außenstellen, Erweiterungen und ähnliche Einrichtungen. Vergleicht man die Zahl der im Wissenschaftsbereich Beschäftigten pro Kopf der Bevölkerung, dann ist die Wissenschaftslandschaft in den neuen Bundesländern zur Zeit anteilig in höherem Ausmaß mit Blaue-Liste-Instituten versorgt als der Westen, aber sehr viel weniger mit Großforschungseinrichtungen und Max-Planck-Instituten, so daß ins-

gesamt der Anteil der außeruniversitären Forschung in den neuen Bundesländern nicht oder kaum höher liegt als im Westen.

Die Geistes- und Sozialwissenschaften waren mit 16 zum Teil sehr großen Forschungsinstituten unter den mittlerweile aufgelösten Akademie-Instituten der DDR stark vertreten; als »Gesellschaftswissenschaften« wurden sie bekanntlich in der DDR gefördert und kontrolliert. Die Geistes- und Sozialwissenschaften haben dagegen nur einen kleinen Anteil an den eben genannten außeruniversitären Neugründungen. Zu erwähnen sind das neue Institut für empirische Wirtschaftsforschung in Halle mit ca. 40 Wissenschaftlerstellen, die neue, aber wohl nur auf Zeit bestehende Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern ebenfalls in Halle und die sieben geisteswissenschaftlichen Zentren.

Diese Zentren sind gemäß der Empfehlung des Wissenschaftsrats Forschungseinrichtungen besonderer Art mit je etwa 25 Wissenschaftlerstellen (vorwiegend Zeitstellen), eng mit den benachbarten Hochschulen verbunden, aber doch selbständig, im übrigen interdisziplinär. Solche Zentren soll es zur Zeitgeschichte (besonders der DDR) in Potsdam, für Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie, Literaturforschung, Sprachwissenschaften und moderne Orientwissenschaften in Berlin, für Aufklärungsforschung in Halle und für Kultur und Geschichte Ostmitteleuropas in Leipzig geben. Diese Zentren sind jedoch noch nicht endgültig gegründet, ihre Zukunft ist unsicher, es gibt einflußreiche Kritik an ihnen: Die Hochschulrektorenkonferenz möchte die geisteswissenschaftliche Forschung ganz in die Universitäten zurückverlagert sehen, dabei verkennt sie die mangelnde Aufnahmefähigkeit der Universitäten in den neuen Ländern, und sie übersieht, daß auch die geisteswissenschaftliche Forschung nicht ausschließlich in den Hochschulen betrieben werden muß, sondern auch in anderen Organisationsformen möglich ist. Überhaupt sind Innovationen gegen die Phalanx der etablierten Organisationen und ihre Interessen nur schwer durchzusetzen. Dafür ein weiteres Beispiel: Das Münchner Institut für Zeitgeschichte steht der Errichtung eines zeitgeschichtlichen Zentrums in

Potsdam ablehnend gegenüber. Stattdessen will es hier seine eigene *Dépendance*. Man wird sehen, wie es ausgeht. Wenn es nicht gelänge, diese Zentren in der einen oder anderen Weise zu institutionalisieren, dann wären die Geisteswissenschaften die großen Verlierer des derzeit ablaufenden Integrationsprozesses. Wenn sie aber entstehen, so hat der Integrationsprozeß auch etwas Neues in der Wissenschaftslandschaft hervorgebracht, eine Innovation, die über die Lösung der gegenwärtig drängenden Probleme hinaus der kulturwissenschaftlichen Forschung neue Chancen eröffnet.

3. Die Universitäten der neuen Bundesländer sind in den Geistes- und Sozialwissenschaften noch weit davon entfernt, den Zuschnitt und den Standard der westlichen Länder zu erreichen. Diese Wissenschaften leben von Büchern, aber die zahlreichen Neuerscheinungen der letzten Jahrzehnte sind in den östlichen Universitätsbibliotheken Mangelware. Es wird – auf alle Disziplinen bezogen – nach Schätzungen des Wissenschaftsrats zehn Jahre lang etwa 50 Millionen pro Jahr zusätzlich kosten, um dies zu beheben. Auch sonst fehlt es an Infrastruktur und oft auch an administrativer Kompetenz. Im übrigen stellt sich die Situation für die Sozialwissenschaften anders dar als für die Geschichtswissenschaft.

Die Politologie fehlte in der DDR fast ganz, es sei denn als Teil der Sektionen für Marxismus-Leninismus, meistens in hochideologierter, wenig empirischer Form. Die Soziologie kam spät und war nur spärlich entwickelt, ein Außenseiterfach. Die Wirtschaftswissenschaft war stark auf das untergegangene System fixiert. Die sozialwissenschaftlichen Akademie-Institute sind aufgelöst, ihr Personal ist nur zum kleinen Teil weiterempfohlen worden. In den Hochschulen wurden die sozialwissenschaftlichen Fächer entweder, wie es heißt, abgewickelt oder nur zum kleinsten Teil fortgeführt.

In den Sozialwissenschaften ist also ein Neuaufbau möglich und im Gang, an allen Universitäten: unter Leitung von Gründungsdekanen, die durchweg und durch neu berufene Hochschullehrer, die größtenteils aus dem Westen stammen. Zum Beispiel hat die Struktur-

und Berufungskommission für den neu aufzubauenden Fachbereich Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin vier auch schon vorher hier lehrende Hochschullehrer zur Weiterbeschäftigung vorgesehen und für 13 weitere, neu ausgeschriebene Hochschul-lehrerstellen die Berufung von Wissenschaftlern aus dem Westen vorgeschlagen. Einige davon haben bereits angenommen. Andernorts ist die West-Dominanz beim Neuaufbau der Sozialwissenschaften noch größer und die Situation meist durch noch empfindlichere finanzielle Knappheit geprägt als im erstaunlich großzügig ausbauenden Berlin. Doch fast überall ergeben sich die Chancen einer Gründungssituation, wie man sie im Westen seit den späten sechziger und frühen siebziger Jahren nicht mehr gekannt hat. Ob der Arbeitsmarkt es hergibt, sie optimal zu nutzen, ob den Gründungskommissionen mehr einfällt als eine bloße Imitation des westlichen Status quo, ist derzeit noch nicht zu übersehen.

In der Geschichtswissenschaft ist weniger Neuanfang möglich. Nur an einer Universität, in Jena, wurde eine geschichtswissenschaftliche Sektion ganz abgewickelt. Sieben Geschichtsprofessuren konnten dort neu ausgeschrieben werden. Ob die Finanzen ausreichen, um sie wirklich zu besetzen, bleibt abzuwarten. – In Leipzig wurden nur kleine Teilbereiche aufgelöst, so der Bereich für Geschichte der UdSSR, der KPdSU und des sozialistischen Weltsystems. Die Erneuerung kommt dort nur langsam in Gang. – An der Berliner Humboldt-Universität scheiterte die geplante Abwicklung der geschichtswissenschaftlichen Sektion an der Entscheidung des Obergerichtes. Trotzdem hat hier die Erneuerung mit voller Kraft begonnen. Hier entsteht einer der größten Geschichtsfachbereiche Deutschlands neu. Von den knapp 20 (!) neu geplanten Geschichtsprofessuren sind etwa 15 schon ausgeschrieben worden. Rufe sind ergangen. In etwa zehn Fällen wurden sie schon angenommen. Zwei der neu berufenen Professoren und Professorinnen kommen aus dem Osten, die anderen aus dem Westen. Aber die Hochschullehrer, die auch schon 1989 hier lehrten und forschten, sind größtenteils weiter im Amt. Eine Doppelstruktur droht zu entstehen. Wie weit sich die Universität, wie sie es beabsich-

tigt, von ihnen trennen kann, bleibt abzuwarten. Die Arbeitsgerichte erschweren die Entlassung aus inhaltlich-wissenschaftlichen oder politisch-ideologischen Gründen.

An den meisten ostdeutschen Universitäten steht zunächst einmal, schon aus finanziellen Gründen, das notwendige Schrumpfen im Vordergrund, zumal man – gemessen an westdeutschen Vergleichszahlen – erheblich überbesetzt war. Das Land Sachsen hat noch vor kurzem pro Kopf der Bevölkerung etwa doppelt so viele Wissenschaftler beschäftigt wie das sehr viel wohlhabendere Partnerland Baden-Württemberg. Aber wie erreicht man Erneuerung durch Neuberufungen auch aus dem Westen, wenn man – nach den neuen Kriterien – übertoll ist und also entlassen muß, wenig Geld zur Verfügung hat und außerdem noch einige Wissenschaftler aus den aufgelösten Akademie-Instituten aufnehmen soll? Es sieht nach der Quadratur des Zirkels aus.

In jeder Hochschule stellt sich die Situation anders dar. Zwischen ihnen fehlt es an Abstimmung, jedenfalls über Ländergrenzen hinweg, trotz der Bemühungen der neu eingerichteten Landeshochschulstrukturkommissionen, die damit überfordert erscheinen. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrats zu den Geisteswissenschaften der neuen Länder (vom 3. Juli 1992) versuchen, diesem Wildwuchs entgegenzuwirken, Normal- und Mindestausstattungen anzugeben, Innovationschancen aufzuzeigen und zur Bildung ortsspezifischer Profile in überregionaler Abstimmung anzuregen. Doch diese Empfehlungen kommen sehr spät, ihre Realisierung erscheint fraglich.

II. Verpaßte Reformchance?

In einigen Hinsichten wird also, so wurde bisher argumentiert, die zukünftige Ordnung des Wissenschaftsbereichs vereinigungsbedingt etwas von dem abweichen, was bis 1989 in der Bundesrepublik bestand. Hauptsächlich jedoch ist die »Einpassung des aus der DDR übernommenen Wissenschaftssystems in die gemeinsame Forschungsstruktur« auf eine Anpassung an das aus der alten Bundesrepublik übernommene Muster hinausgelaufen. Dieses Muster ist nun alles andere als fehlerfrei. Be-

sonders die Universitäten leiden unter nicht verarbeitetem Wachstum und haben es nicht vermocht, ihre aus dem 19. Jahrhundert stammenden Strukturen an die Bedingungen des 20. anzupassen. Das weiß auch jeder. Warum hat man das kränkelnde westdeutsche Modell dennoch im großen und ganzen nach Osten hin ausgedehnt, statt den Vereinigungsfall zu benutzen, um eine Gesamt-Bestandsaufnahme, eine Strukturreform insgesamt und eine Reduzierung der Mittelmäßigkeit zu versuchen, von der es schließlich auch im Westen mehr als genug gibt? Die Formulierungen des Einigungsvertrags hätten es durchaus erlaubt. Die Antwort ist *dreifach*.

Zum einen, es war eine Krise. Sehr schnelles Handeln war nötig, unter Bedingungen großer Unsicherheit. Der Problemdruck war riesig, die Finanzdecke knapp, die Gefahr radikaler Abbrüche und nicht reparierbarer Großschäden drohte, und in einer solchen Situation greift man eben nach dem, was sich, obwohl bei weitem nicht vollkommen, einigermaßen bewährt zu haben scheint. In der Tat wäre es ja gar nicht wenig, wenn erreicht werden könnte, das viel schlechtere, aus der DDR überkommene System auf das westdeutsche Niveau hochzuschrauben. Ob und wann dies gelingt, ist noch fraglich.

Zum andern, die Krise war nicht tief und ungreifend genug. Nach Jena und Auerstedt hatte man in Preußen nur noch die Wahl, sich grundsätzlich und rundum zu erneuern, wenn man nicht ganz untergehen wollte. Die Vereinigungskrise von 1990 aber stellte nur den kleineren Teil des entstehenden Gesamtstaats gründlich in Frage, den größeren bestärkte sie dagegen in seiner Übereinstimmung mit sich selbst. Dies ist keine Situation, in der sich der tief eingeschliffene Widerstand der etablierten Wissenschaftsorganisation gegen die Infra-gestaltung ihrer selbst überwinden ließe.

Schließlich sollte man mit dem Urteil noch etwas warten. Heute wird ganz anders – intensiver und härter – über die Krise der deutschen Universität diskutiert als vor zweieinhalb Jahren. Die »Blaue Liste« wird gerade überprüft, und zwar mit Blick auf die östlichen *und* westlichen Forschungsinstitute gemeinsam. Ist beides nicht auch eine Folge der wissenschaftli-

chen Vereinigung? Auch westlichen Institutionen droht nun schärfere Evaluation. Die Historische Kommission zu Berlin hat dies gerade schmerzlich erfahren. Die Schärfung der Evaluations-Kriterien bei der Begutachtung der Institute der Ex-DDR scheint eine Dynamik in Gang gesetzt zu haben, deren Auswirkung auf die Einrichtungen der alten Länder erst gerade beginnt.

Im Vergleich zu den anderen ehemals kommunistisch regierten Ländern Europas ist die Veränderung in der DDR tiefgreifend und radikal, jedenfalls auf dem hier zur Debatte stehenden Gebiet. In Warschau, Prag und Budapest hat man von der Auflösung der großen Akademie-Institute bisher nur gesprochen, realisiert hat man sie nicht, ebensowenig wie in Bukarest und Sofia. Die personelle Erneuerung geht bei den östlichen Nachbarn äußerst langsam vor sich, beschränkt sich zumeist auf die Ablösung ganz weniger politisch besonders belasteter Personen und auf die wiedergutmachende Einstellung von Wissenschaftlern, die früher aus politischen Gründen hinausgedrängt worden sind.

Die Gründe für diesen Sonderweg der Ex-DDR liegen auf der Hand. Nur hier geht die Transformation als Vereinigung vor sich, deren Folgen in vielen Bereichen für die Ostdeutschen revolutionärer sind als die oft als Revolution bezeichnete Wende vom Herbst '89 und Winter '89/90, die in den Wissenschaften wie in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen wenig Veränderung brachte. Die eigentliche Revolution findet in der Ex-DDR mit der Vereinigung statt, allerdings größtenteils als Revolution von oben und außen.

III. Die Mitgift aus der DDR: Belastung und Chance

Was bringen die Sozial- und Geschichtswissenschaftler aus der ehemaligen DDR in das gesamtdeutsche Wissenschaftssystem methodisch und inhaltlich ein?

Zuerst und vor allem sind die Beschädigungen, Behinderungen und Verformungen zu bedenken, die den Geistes- und Sozialwissenschaften – aber nicht nur diesen – unter den Bedingungen der Diktatur beigebracht wurden. Sie reichen tief und wirken weiter. Ganze Fächer

und Teilbereiche wurden vernachlässigt, ausgedörrt oder verhindert: die Mediävistik, die Alte Geschichte, die Geschichte der westeuropäischen Länder, die Politologie. Vor allem in der Zeitgeschichte, in der Geschichte der Arbeiterbewegung, in den gegenwartsbezogenen Sozialwissenschaften und anderswo gab es zahlreiche Tabus, parteiliche Verzerrung und Geschichtsklitterung. Der Übergang von der Wissenschaft zur Propaganda war fließend. Politisch-ideologische Vorgaben verhinderten den notwendigen innerwissenschaftlichen Pluralismus und begrenzten die innerwissenschaftliche Kritik. Parteipolitische Fremdbestimmung beschränkte die wissenschaftliche Autonomie in einer Weise, die der wissenschaftlichen Rationalität Abbruch tat. An der Rekrutierungs- und Beförderungspolitik kann man das zeigen, an inhaltlichen Vorgaben der Parteileitungen, an intellektuellen Sperrbezirken verschiedener Art. Ökonomische Enge kam hinzu. Es fehlte an Anreizen. Das System war in sich wenig kompetitiv und nicht sehr innovationsfreudig. Reiseverbote, Kommunikationssperren, Büchermangel und alltägliche Gängelung, Zensur, vor allem auch Selbstzensur und Opportunismus behinderten die Arbeit und prägten die wissenschaftliche Kultur. Eine lebhafte wissenschaftliche Streit- und Diskussionskultur konnte sich unter diesen Bedingungen nicht entwickeln. All dies wirkt weiter.

Dieses Erbe muß vom gesamtdeutschen Wissenschaftssystem erst noch absorbiert und verarbeitet werden. Das kostet viel Kraft, Geld und Zeit. Man muß auf intensive Kooperation zwischen ostdeutschen und westdeutschen Wissenschaftlern setzen. »Durchmischung« ist nötig, aber unendlich schwierig. Es scheint, als würde sie verfehlt. Bedenkt man all dies, muß man froh sein, wenn ein vereinigungsbedingter Qualitätsverlust des Gesamtsystems – im Vergleich zum vorher erreichten westdeutschen Stand – vermieden werden kann.

Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite ist klar, daß den ostdeutschen Historikern und Sozialwissenschaftlern auch viele gute und sehr gute Leistungen gelangen. In einigen Bereichen – man denke z. B. an die historische Klassenanalyse, an die sozialgeschichtlich orien-

tierte Volkskunde, an die Agrargeschichte oder auch an die vergleichende Revolutionsforschung – waren sie zumindest nicht weniger produktiv und interessant als die Wissenschaftler im westlichen Deutschland oder im westlichen Ausland, im Gegenteil. In den letzten Jahren wurden die Geschichtswissenschaft und die Soziologie in der DDR interessanter, ein wenig offener, innovativer. Und es gab immer sehr viele Historiker in der DDR, die sich auf enge Detailforschung beschränkten, dort aber quellennah, handwerklich korrekt und empirisch gehaltvoll arbeiteten.

Diese und andere Leistungen der DDR-Wissenschaft sind ebenfalls Teil der Mitgift, die jetzt ins gesamtdeutsche Wissenschaftssystem eingebracht wird. Diese Leistungen wurden trotz der genannten Beschädigungen, Gängelungen und Behinderungen möglich, weil die Intensität der parteipolitischen Fremdbestimmung ihre Grenzen hatte, die Autonomie der Wissenschaftler nur teilweise beeinträchtigte und vor allem die Entstehung zahlreicher Nischen nicht verhinderte; weil die Historiker der DDR in Traditionen standen, die älter waren als die Diktatur und fortgeführt werden konnten; weil die DDR an der internationalen Anerkennung ihrer Wissenschaftler interessiert war und ihnen auch deshalb gewisse Spielräume zugestehen mußte; und weil die marxistischen Traditionen, in denen die Geschichts- und Sozialwissenschaften der DDR standen, durchaus produktiv und stimulierend, traditionskritisch und erkenntnisfördernd wirken konnten, soweit sie nicht durch parteipolitische Gängelung und Dogmatismus verformt wurden.

Die Geschichts- und Sozialwissenschaften der DDR litten unter politischer Fremdbestimmung und Dogmatismus, an zu viel Marxismus litten sie nicht. Ihr Marxismus erschöpfte sich häufig in der Anpassung an das durch politische Instanzen verbindlich definierte marxistisch-leninistische Geschichts- und Gesellschaftsbild, das die bestehenden sozialistischen Systeme auf dem Höhepunkt der bisherigen Geschichte verortete und die in ihnen Herrschenden damit legitimierte. Die Prämissen dieses Bildes waren der wissenschaftlichen Diskussion entzogen, es beanspruchte das Monopol, war insofern dogmatisch und wirkte

wissenschaftlich vor allem hemmend. Aber oft schlug der Marxismus-Leninismus der DDR-Historiker zwar auf ihre Vor- und Nachworte, auf die große Linie ihrer Interpretation, ihre moralisch-politischen Wertungen und ihre Polemik gegen den »Klassenfeind« im Westen durch, ihre Methoden im einzelnen aber beeinflusste er kaum. Diese blieben häufig ganz konventionell und »bürgerlich«. Dennoch gelang es mitunter, das Produktivitätspotential marxistischer Fragestellungen auszunutzen und Forschungsergebnisse zu erzielen, die auch außerhalb des marxistisch-leninistischen Lagers große Aufmerksamkeit erregten und eindeutig weiterführten.

Das marxistisch-leninistische Geschichtsbild ist mit der DDR zusammengebrochen. Derzeit findet es kaum noch Verteidiger. Es scheint in den Jahrzehnten der Diktatur nicht allzu tiefe Wurzeln geschlagen zu haben und oft als Lippenbekenntnis verkündigt worden zu sein.

Aber auch von den produktiven Wirkungen marxistischen Denkens ist jedenfalls unter den Historikern aus der ehemaligen DDR derzeit nicht viel zu spüren. Von systematischen Interpretationen größerer Zusammenhänge scheinen vielen von ihnen zunächst einmal genug zu haben. Sie beschränken sich auf das kleine Detail, die mikrohistorische Studie, die quellengesättigte Teilforschung. Die Befreiung vom Korsett der marxistisch-leninistischen Ideologie gerät häufig zum Rückgriff auf das Herkömmliche – methodisch, theoretisch und institutionell. Enttäuscht von den Theorien, die ihnen lange verbindlich vorgeschrieben waren, verhalten sich viele jetzt skeptisch gegenüber geschichtswissenschaftlichen Theorien überhaupt.

Aber hier gilt es abzuwarten. Die intellektuelle Lähmung und Desorientierung, die der Zusammenbruch der DDR und die Umstrukturierung der Wissenschaft für viele Betroffene mit sich brachten, sind noch lange nicht überwunden. Berufliche Unsicherheit schafft kein gutes Klima für intellektuelle Innovation. Mittelfristig aber könnte es anders werden. Vielleicht gelingt es ja einigen Historikern aus der DDR, an ihre marxistischen Traditionen anzuknüpfen und entsprechende Sichtweisen undogmatisch in die deutsche Geschichtswissenschaft einzubringen.

IV. Theoretische und paradigmatische Konsequenzen

Die Wirkungen des Umbruchs der letzten Jahre auf die Geschichts- und Sozialwissenschaften reichen viel weiter als bisher diskutiert. Dies ist ein weites Feld.

1. Die Geschichts- und Sozialwissenschaftler haben in aller Regel die »Wende« nicht früher und nicht besser vorausgesehen als andere Zeitgenossen. Für Sozialwissenschaftler mit prognostischen Ansprüchen ist dies ein Problem, für die zahlenmäßig nicht schlecht ausgebaute westdeutsche DDR-Forschung besonders. Auch für Historiker, die mehr wollen als bloß erzählen, wie es eigentlich war, wirft die Überraschung von 1989/90 interessante methodologische Fragen auf, obwohl die Voraussage der Zukunft nicht zu den Aufgaben der Historiker gehört.

Das Problem besteht weniger darin, daß DDR-Zusammenbruch und deutsche Vereinigung nicht prognostiziert wurden, als vielmehr in dem Versäumnis, zumindest die *Möglichkeit* dazu abgesteckt, eingeräumt und eingerechnet zu haben. Warum wurde man so überrascht? Letztlich dürfte die Antwort auf zwei Ebenen liegen:

a) Es gab systematische Verzerrungen bei der Einsicht in die tatsächlichen Zustände der »realsozialistischen« Systeme, besonders der DDR. Die Quellen dieser Verzerrung lassen sich in der Rückschau immer klarer erkennen: zum einen die systematisch geschönte Selbstdarstellung der DDR, mit der sie sich am Ende wohl selbst betrog; zum andern historisch-politisch bedingte Wahrnehmungsfehler auf unserer Seite, sei es im Sinn von Wünschen als Vätern der Gedanken, sei es als Überschätzung der aus dem Osten drohenden Gefahr im Zuge des Systemkonfliktes. Denn nicht nur die friedensbewegten Tauben wurden überrascht, sondern auch die im Kalten Krieg gehärteten Falken und die große Mehrheit mit Positionen dazwischen.

b) Mindestens ebenso wichtig dürfte gewesen sein, daß in den Jahren um 1990 etwas historisch sehr Unwahrscheinliches geschah, jedenfalls geschehen zu sein scheint. Während Imperien in aller Regel entweder blutig und

schnell oder weniger gewaltsam, dann aber nur sehr langsam vergehen, brach die Sowjetunion schnell und einigermaßen friedlich zusammen, jedenfalls bisher. Aufgrund historischer Erfahrung war das nicht zu erwarten. Gerade wer aus der Geschichte zu lernen versuchte, sah sich getäuscht. Daß dies theoretisch möglich ist, wußte man. Nun konnte man es erfahren. Man wird vorsichtiger und noch etwas bescheidener werden, methodologisch wie inhaltlich. Zur Stärkung des Selbstbewußtseins und des Ansehens der Sozialwissenschaften dürfte der unvorhergesehene Umbruch von 1989/90 jedenfalls nicht gerade beigetragen haben.

2. Andererseits hat jener Umbruch die Geschichts- und Sozialwissenschaften mit neuen Problemstellungen, Themen und Materialien versorgt. An Arbeit mangelt es nicht, von Langeweile kann keine Rede sein.

Einige Beispiele: Mit dem Territorium der DDR sind für die Historiker regionale Entwicklungen und Archive zugänglich geworden, die bis 1989 nur mit Mühe erforschbar waren, z. B. Sachsen und die Lausitz, und das wird z. B. die Industrialisierungsgeschichte verändern.

Nachdem die DDR zu Ende ist, stellt sich ihre Erforschung als neues Tätigkeitsfeld der Zeitgeschichte dar, mit großen Möglichkeiten und Chancen, auch für die historische Komparatistik. Die Sozialgeschichte der DDR muß erst noch konstituiert werden. Hier ist vieles am Anfang und völlig im Fluß.

Die Bedeutung der historischen DDR-Forschung für das kollektive Selbstverständnis der Deutschen und für unseren Umgang mit der Erinnerung an die zweite deutsche Diktatur ist groß. Es besteht legitimer Bedarf an Vergleichen zwischen Drittem Reich und DDR, zwischen faschistischen und kommunistischen Diktaturen, ohne daß dies notwendigerweise die Wiederbelebung alter Totalitarismus-Theorien zur Folge haben muß. Im Ergebnis dürften sich die Unterschiede zwischen den beiden deutschen Diktaturen als gewichtiger herausstellen als ihre unbestreitbaren Ähnlichkeiten. Beim Vergleichen geht es immer um Ähnlichkeiten *und* Unterschiede.

Entsprechendes gilt für Soziologie und Poli-

tikwissenschaft, wohl auch für Teile der Wirtschaftswissenschaft. Die »Transformationsforschung« blüht, die Liste der vorrangigen Themen wurde schnell umgestellt. Sozialwissenschaftler bezeichnen, was abläuft, als »sozialen Großversuch«, als »natürliches Experiment«, das sie systematisch-empirisch beobachten wollen. Auch Sozialwissenschaftler, die sich bisher vornehmlich mit der Krise des Spätkapitalismus und den Legitimationsproblemen spätbürgerlicher Herrschaft beschäftigt haben, fühlen sich von der DDR – nach ihrem Ende – als Forschungsthema angezogen. Historiker warnen davor, die Geschichte der DDR nur von ihrem Untergang her zu thematisieren, ihr Scheitern erscheint sonst leicht notwendiger, als es möglicherweise in Wirklichkeit war.

3. Oft hat die westdeutsche Geschichtswissenschaft auf DDR-Herausforderungen reagiert. Dadurch erklären sich einige ihrer Schwerpunkte, Eigenarten und Stärken. Die Geschichte der Arbeiterbewegung z. B. wurde vermutlich auch deshalb im Westen so stark gefördert, weil man ein Interpretationsmonopol der SED und der von ihr kontrollierten Historiker verhindern wollte, die in diesem Bereich in großer Zahl arbeiteten. Dazu besteht nun künftig kein Grund mehr. Die westdeutsche Reformationsgeschichte hat produktive Herausforderungen aus der marxistisch-leninistischen Theorie der »frühbürgerlichen Revolution« gezogen, mit der die ostdeutschen Historiker die Reformation und die Bauernkriege des 16. Jahrhunderts zu interpretieren versuchten. Es gibt viele andere Beispiele. Diese Herausforderungen werden in Zukunft fehlen und mit ihnen wichtige Anregungen, die die westdeutsche Geschichtswissenschaft ungewollt gefördert haben.

4. Die konsequente Absetzung von der Nazi-Diktatur hat in der westdeutschen Geschichtswissenschaft vielfältige Folgen gehabt. Eine wichtige Folge war die These vom »deutschen Sonderweg« und von seinem Ende nach 1945 im westlichen Deutschland. Diese kritische Sichtweise maß deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der – manchmal etwas

idealisierten – Geschichte der Gesellschaften Westeuropas und Nordamerikas. Sie diagnostizierte eine Abweichung Deutschlands von der westlichen Norm, der westlichen »Normalität«: Die späte Nationalstaatsbildung, die verspätete Parlamentarisierung, die lange Dominanz vorbürgerlicher Eliten in Militär, Bürokratie und Großgrundbesitz, das obrigkeitstaatliche Erbe, starke Traditionen der Illiberalität in der politischen Kultur, antiwestliche Zivilisationskritik – das waren Merkmale der deutschen Geschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die von den Vertretern der Sonderweg-These im Vergleich zum Westen festgestellt, kritisch bewertet und als Faktoren identifiziert wurden, die später dem Durchbruch des Faschismus in Deutschland – aber eben nicht in den westlichen Demokratien – erleichterten. Nach dessen Ende in der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs schien dieser deutsche Sonderweg, die »German divergence from the West«, vorbei, jedenfalls in der Bundesrepublik. Die meisten Vertreter der Sonderweg-These waren darüber erleichtert und begrüßten es, daß die Bundesrepublik vorbehaltlos zu einem Teil des Westens geworden war, in ihrem politischen System, ihrer Gesellschaftsordnung, ihrer Wirtschaftsverfassung und ihrer politischen Kultur.

Diese in den Traditionen der Aufklärung wurzelnde, stark vom Erlebnis der faschistischen Diktatur geprägte, vielem Deutschen kritisch gegenüberstehende, post-nationale, westliche Interpretation der deutschen Geschichte war nie unumstritten, sie war in sich vielfältig, jedoch zweifellos einflußreich.

Es kann sein, daß sie jetzt an Einfluß verliert. Die Erinnerung an 1945 verschwindet zwar nicht, aber sie wird mit der Zeit schwächer und nunmehr durch die Erinnerung an 1989/90 relativiert. Eine neue »Vergangenheitsbewältigung« findet statt, die Auseinandersetzung mit der Geschichte der zweiten deutschen Diktatur. Die Auseinandersetzung mit der ersten dürfte dadurch langfristig in den Hintergrund treten. Nach der Wiedererrichtung eines deutschen Nationalstaats dürfte die Geschichte der deutschen Nation künftig wieder in wärmeren Farben gemalt werden. Die Aufwertung des Bismarck-Reichs hat schon begonnen.

Überdies: Ostdeutsche Intellektuelle stehen der Zivilisation des Westens manchmal noch sehr fremd gegenüber. Ihre DDR-Identität haben sie zwar verloren, aber der Sprung in eine vorbehaltlose West-Identifikation fällt ihnen verständlicherweise schwer. Sie tendieren deshalb dazu, die Lage und den »Eigenweg« Deutschlands *zwischen* Ost und West neu zu betonen und positiv zu bewerten. Sie empfehlen die Anknüpfung an das »Traditionspotential der vorgängigen einheitlichen deutschen Kultur« als Grundlage kollektiver Identität, so Ende 1991 Heiner Müller, Christa Wolf, Friedrich Dieckmann und andere in ihrem Plädoyer für eine Vereinigte Akademie der Künste Berlin-Brandenburg. Nicht nur die »Ost-Anlehnung« der DDR, auch die »West-Anlehnung« der Bundesrepublik könne nunmehr überwunden werden – als ob beides auf einer Stufe stünde.

Das sind problematische Ansätze zu einer neuen deutschen Ideologie. Sie erinnern an ältere Varianten deutschen Sonderbewußtseins zwischen Ost und West. Als ob zwischen dem »Traditionspotential der vorgängigen deutschen Kultur« und uns heute nicht zwei deutsche Diktaturen stünden! Ist dies nicht der Stoff für einen neuen »Historikerstreit«?

5. Man weiß ja im Prinzip, wie sehr sozialwissenschaftliche Theorie- und Begriffsbildung von grundsätzlichen Orientierungen, Zeiterfahrungen und Zukunftserwartungen abhängig ist. Was bedeutet die »Wende« theoretisch-paradigmatisch in den Sozialwissenschaften? Man kann das noch nicht übersehen. Ich beschränke mich auf wenige Vermutungen.

Kapitalismus- und Bürgerlichkeitskritik prägte so manchen theoretischen Entwurf und war ihrerseits – oft unbewußt – durch die Erfahrung gestärkt, daß es nicht-marktwirtschaftliche Alternativen industrieller Modernisierung gab, so undemokratisch, illiberal und diktatorisch verformt sie momentan auch sein mochten. Die Basis dieser Selbstsicherheit ist bis auf weiteres dahin. Der Tenor der Kritik wird sich ändern, er wird entweder vorsichtiger oder im Sinn tiefer ansetzender Zivilisationskritik noch grundsätzlicher werden.

Der Zusammenbruch des real existierenden

Sozialismus dürfte manche ältere Kritik an den Konzepten der Industriegesellschaft und der Modernisierung entwertet haben. Ist es Zeit, verstärkt an ältere Modernisierungstheorien anzuknüpfen, die ja – in der Tradition Max Webers z. B. – Krisen, Kosten und langfristige Widersprüche der Modernisierung nicht leugnen müssen? Oder steht dem die immer offensichtlichere Unmöglichkeit im Weg, das Modell westlicher Modernisierung in Richtung Dritte Welt zu verallgemeinern?

Das Konzept der »Bürgergesellschaft« – manche ziehen verschämt die Bezeichnung »Zivilgesellschaft« vor – hat eine erhebliche Aufwertung erfahren, nicht ohne Einfluß aus Ostmitteleuropa. Dort diente es ja seit Jahren – vor allem den Dissidenten – als Kürzel für nicht-diktatorische Alternativen zum bestehenden realsozialistischen System, so auch noch 1989 und heute. Der positiven Aufladung des Begriffs ist seine theoretische Präzisierung bisher nicht gefolgt. Doch seit 1989 bestehen neue Möglichkeiten, über Aufstieg, Widersprüche und Perspektiven der Bürgergesellschaft nachzudenken und Forschungsstrategien auf dieser Grundlage zu entwickeln. Historische Vorarbeiten liegen vor. Während die aus der Aufklärung stammenden Grundpostulate des Entwurfs der Bürgergesellschaft durch die Umbrüche der letzten Jahre eine triumphale Bestätigung gefunden haben, ist man von ihrer Realisierung nicht nur im Osten, sondern auch im Westen und erst recht in der »Dritten Welt« deutlich entfernt. Der Begriff enthält weiterhin ein Stück Utopie.

6. Man erlebt mit Überraschung, wie alte nationale Identitäten und Grenzen, regionale Traditionen und geopolitische Konstellationen, alte Bindungen und Leidenschaften im mittleren und östlichen Europa wieder hervortreten und politikmächtig werden. Man staunt, wie wenig die Jahrzehnte des Kommunismus auf vielen Gebieten geändert haben und wie wenig sich an manchen Strukturen trotz aller utopisch-revolutionären Veränderungsenergien gewandelt hat. Was für Konsequenzen zieht man theoretisch-methodisch daraus? So wichtig sozialökonomische Systemunterschiede und -wandlungen auch sind, man wird sie – relativ

zu anderen Dimensionen und Potenzen der Geschichte – zukünftig eher vorsichtiger gewichten als bisweilen in vergangenen Jahren. Paradoxerweise könnte es über dies sein, daß der tiefe Umbruch von 1989 und seine teilweise restaurativen Folgen den Sinn für die Beharrungskraft der historischen Kontinuitäten stärken, die sich unterhalb der revolutionären Einschnitte des 20. Jahrhunderts erhalten haben

und sich nur äußerst langsam verändern. Im Licht der jüngsten Erfahrungen gewinnt insofern nicht, wie manche im Herbst 1989 meinten, die Ereignis- und die Erfahrungsgeschichte, sondern vielmehr die Struktur- und Prozeßgeschichte an Gewicht und Plausibilität. Es wäre nicht die erste Revolution, die den Blick auf die Strukturen langer Dauer lenkte. Die Lektüre Tocquevilles wird neu aktuell.